



Pressemeldung

10.04.2013

**Tierschutz wird Topthema im Bundestagswahlkampf:
Forderungen an Parteien übergeben**

In den nächsten Wochen werden die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ihre Wahlprogramme beschließen. Der Deutsche Tierschutzbund hat heute seine tierschutzpolitischen Forderungen an die CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen übergeben, bei der FPD ist die heutige Übergabe terminlich gescheitert. Europas größte Tier- und Naturschutzdachorganisation setzt darauf, dass der Tierschutz auch in den Parteiprogrammen einen herausragenden Stellenwert erhält. Die Forderungen des Deutschen Tierschutzbundes umfassen Themen wie die Verbesserung der Tierhaltungsbedingungen in der Landwirtschaft, den Vorrang für tierversuchsfreie Forschung, das Ende der Wildtierhaltung in Wanderzirkussen, mehr Schutz für Heimtiere und die Stärkung des karitativen Tierschutzes vor Ort. Zu den zentralen Forderungen gehört das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände und eine umfassende Novellierung des Tierschutzgesetzes in der nächsten Legislaturperiode.

Auch wenn oft die tierschutzwidrigen Bedingungen und Skandale der herkömmlichen Tierhaltung in der Landwirtschaft die Schlagzeilen bestimmen: Die drängenden Tierschutzfragen ziehen sich durch nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Tierschutz wird eines der Topthemen des Bundestagswahlkampfes sein. Die Parteien müssen auf die Fragen Antworten geben. „Wir sind parteipolitisch neutral, aber tierschutzpolitisch konsequent. Festzuhalten bleibt aber, dass viele drängende Tierschutzfragen noch ungelöst sind. Wir werden dann über den Sommer unsere Wahlprüfsteine mit den beschlossenen Programmen abgleichen. Schon jetzt aber ist sicher: Wer die Verbandsklage für seriöse Tierschutzverbände ablehnt, und wer nicht anerkennt, dass das Tierschutzgesetz einer umfassenden Novellierung bedarf, und wer nicht aktiv dazu beiträgt, die Tierheiminfrastruktur in Deutschland zu sichern, der hat sich die Stimmen der Millionen Tierfreundinnen und Tierfreunde nicht verdient“, erklärt Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, bei der Übergabe des Tierschutz-Forderungskatalogs an Vertreter der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien.

Mit dem Forderungskatalog will der Verband in die laufenden Programmdebatten der Parteien einwirken. Es geht dem Deutschen Tierschutzbund dabei um grundlegende Fragen: Mit Blick auf das Staatsziel Tierschutz steht dabei die Forderung nach einem Verbandsklagerecht im Vordergrund. Zudem drängt der Verband auf eine Neuausrichtung der Forschungsförderung, weg von Tierversuchen und hin zu Alternativmethoden, für die kein Tier leiden muss. Der Katalog umfasst aber auch - neben vielen weiteren Punkten - konkrete Einzelmaßnahmen, wie zum Beispiel die nach einem Verbot des Schenkelbrandes bei Pferden, einem sofortigen Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration, einem Verbot der Wildtierhaltung in Wanderzirkussen oder auch den Erlass eines staatlichen

Pressestelle

Deutscher Tierschutzbund e.V.
Baumschulallee 15
53115 Bonn
Tel: 0228/60496-24
Fax: 0228/60496-41

E-Mail:
presse@tierschutzbund.de

Internet:
www.tierschutzbund.de

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

Gemeinnützigkeit
anerkannt



Tierschutzsiegel. Neben den notwendigen Einzelschritten in vielen Bereichen drängt der Deutsche Tierschutzbund zudem weiterhin auf eine grundlegende Novellierung des Tierschutzgesetzes.

Anbei erhalten Sie auch unser neues Kampagnenmotiv „Stimme für die Tiere“.

Hinweis an die Redaktionen:

Den genauen Wortlaut des Tierschutz-Forderungskatalogs finden Sie hier: www.tierschutzbund.de/bundestagswahl.html

Der Forderungskatalog wurde an folgende Personen und Parteien übergeben:

SPD vertreten durch Generalsekretärin Andrea Nahles

CDU vertreten durch Generalsekretär Hermann Gröhe

Die Linke vertreten durch Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn

Bündnis 90/Die Grünen vertreten durch Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke

Falls Sie Fotos von der Übergabe wünschen, melden Sie sich bitte. Wir senden Ihnen Fotos zum freien Abdruck zu.